



Center for Research in Economics, Management and the Arts

Geld ist nicht essbar
Altersvorsorge:
auch die realwirtschaftliche Seite beachten!

René L. Frey

Artikel erschienen in *Neue Zürcher Zeitung* 30. November 2017, S. 10
(ungekürzte Fassung)

CREMA Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik No. 2017-01

Geld ist nicht essbar

Altersvorsorge: auch die realwirtschaftliche Seite beachten!

René L. Frey

em. Ordinarius für Nationalökonomie Universität Basel

CREMA – Center for Research in Economics, Management and the Arts, Basel und Zürich

Nach dem Scheitern der Rentenreform 2020 machten sich Bundesrat, politische Parteien und Interessenorganisationen sogleich auf die Suche nach neuen Lösungen. Unbestritten ist zweierlei: Erstens, das Dreisäulenkonzept mit staatlicher, beruflicher und privater Altersvorsorge sei beizubehalten; es habe sich grundsätzlich bewährt. Zweitens, die Zeit dränge; die erste und die zweite Säule dürften nicht in Schieflage geraten. Beides ist richtig.

Geld kann man nicht essen

Wer die politische Diskussion verfolgt, stellt fest, dass die Altersvorsorge bloss als finanzielle Angelegenheit betrachtet wird. Es gehe darum, durch geschickte Kombination von Renten-, Prämien- und Steuererhöhung (oder -senkung) sowie Kompensationen an benachteiligte Gruppen ein Konzept zu entwickeln, das in der nächsten Volksabstimmung Gnade bei den Stimmbürgern findet.

Vor lauter finanzwirtschaftlichen Überlegungen droht dabei die realwirtschaftliche Seite ausser acht zu geraten. Diese besteht darin, dass wir immer älter werden und dabei, erfreulicherweise, länger gesund bleiben. Für die nächsten Jahrzehnte ist davon auszugehen, dass die Zahl der Senioren weiter steigt und jene der Erwerbstätigen weiter sinkt. Wer stellt dann die Waren und Dienstleistungen her, die die Bevölkerung benötigt? Noch so ausgeklügelte Finanzierungskonzepte ändern nichts daran, dass wir letztlich weder Geld noch Bankguthaben essen, anziehen oder sonst wie konsumieren

können. Diesbezüglich besteht auch kein Unterschied zwischen dem Umlageverfahren der AHV, dem Deckungskapitalverfahren der Pensionskassen und dem (in der politischen Diskussion vollständig ausgeklammerten) privaten Sparen. Werden wegen der Alterung der Bevölkerung nicht genügend Güter hergestellt, so steigen die Preise – auch jene der Waren und Dienstleistungen, die die Senioren benötigen.

Diese Gefahr wird in der derzeitigen politischen Debatte zur Altersvorsorge kaum mehr beachtet. Wenn in Bälde die Babyboomer der 1950er- und 60er-Jahre aus dem Erwerbsleben ausscheiden, kann sich dies rächen. Statistisch gesehen wurde die Schweizer Bevölkerung seit 2005 jedes Jahr um fast zwei Monate älter. Es ist kaum anzunehmen, dass sich die demografische Schubkraft in Zukunft abschwächen wird. Dieser Tatsache muss bei einer neuen Rentenreform Rechnung getragen werden. Leider ist davon kaum etwas zu lesen und zu hören. Man glaubte und glaubt, mit rein finanziellen Massnahmen dem demografischen Wachstum Herr zu werden. Vielleicht hatten die Schweizer Stimmbürger instinktiv doch Recht, als sie die bisherigen Reformvorlagen an der Urne bachab schickten.

Vier realwirtschaftliche Lösungen

Gibt es realwirtschaftlich überhaupt eine Lösung der hier dargelegten Problematik? Ja, mindestens vier:

- *Höheres Wirtschaftswachstum*: Wächst das BIP genügend stark, können auch

weniger Erwerbstätige die zusätzlichen Rentner gütermässig mitversorgen. Voraussetzung ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Innovationen. Es braucht nicht unbedingt der als Schreckgespenst dargestellte Roboter zu sein, der in den Spitälern und Altersheimen das Pflegepersonal ersetzt.

- *Zuzug von ausländischen Arbeitskräften:* Diese Lösung ist kein Hirngespinnst. Man braucht sich bloss die Herkunft des Personals unserer Spitäler und Heime, vor und hinter den Kulissen, zu vergegenwärtigen. Viele stammen aus Ländern mit einer jungen Bevölkerung, unter anderem aus Südostasien.
- *Auswanderung von Rentnern:* Lucien Scherrer hat diese als «Pattaya-Prinzip» bezeichnete Lösung geschildert (NZZ 25.10.2017). Gemäss dem Bundesamt für Sozialversicherung leben bereits heute rund 50'000 AHV-Bezüger mit Schweizer Pass in Frankreich, Italien, Spanien, Thailand oder anderen Ländern, in denen jüngere Arbeitskräfte in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Die emigrierten Schweizer beziehen dort die volle Rente aus der Heimat, geniessen das wärmere Klima und profitieren von tieferen Preisen, oft auch tieferen Steuern.
- *Erhöhung des Rentenalters:* Zwar wird in der derzeitigen Diskussion immer wieder behauptet: «An der Urne chancenlos!» Dies mag zutreffen für die bisher zur Diskussion gestellte schematische Erhö-

hung des Rentenalters (z.B. 65 Jahre für Frauen, 67 für Männer). Viel gescheiter wären steuerliche und sonstige Anreize, um über das «klassische» Pensionierungsalter hinaus freiwillig voll oder teilweise erwerbstätig zu bleiben. Nur muss sich dies für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber lohnen. Denkbar ist auch eine formelgesteuerte Koppelung von Alterungsprozess und Pensionierungsalter, was Schweden, Polen und Italien bereits praktizieren.

Es ist nicht Sache des Wissenschaftlers zu bestimmen, welche der genannten Lösungen zu wählen ist. Einige sind ohnehin stärker marktwirtschaftlich gesteuert und staatlich bestenfalls indirekt zu beeinflussen. Politik, Verwaltung, Verbände und Gewerkschaften wären gut beraten, nicht nur an finanzielle Massnahmen zu denken. Ohne Berücksichtigung der realwirtschaftlichen Aspekte bleibt die Grundproblematik der Altersvorsorge bestehen ... und die nächste Reformvorlage könnte an der Urne abermals scheitern.